

Ganzjährig . . .	8 fl. 40 fr.
Halbjährig . . .	4 " 20 "
Vierteljährig . . .	2 " 10 "
Monatlich . . .	— " 70 "

Ganzjährig . . .	11 fl. — fr.
Halbjährig . . .	5 " 50 "
Vierteljährig . . .	2 " 75 "

Für Zustellung ins Haus viertel-
jährig 25 fr., monatlich 9 fr.

Einzelne Nummern 6 fr.

Tagblatt.

Kongressplatz Nr. 81 (Buchhandlung
von J. v. Kleinmayr & F. Wamberg).

Für die einseitige Zeitspalt 3 fr.,
bei zweimaliger Einschaltung 5 fr.,
dreimal 7 fr.

Inserationsstempel jedesmal 30 fr.

Bei größeren Inseraten und öfterer
Einschaltung entsprechender Rabatt.

Anonyme Mittheilungen werden nicht berücksichtigt; Manuscripte nicht zurückgesendet.

Nr. 151.

Mittwoch, 5. Juli 1871. — Morgen: Isaias Pr.

4. Jahrgang.

Reservatio mentalis.

Das Linzer Diözesanblatt vom 25. Juni veröffentlicht den Hergang, wie so Bischof Rudigier, der früher den Religionslehrern an Mittelschulen die Eidesleistung auf die Staatsgrundgesetze nicht gestattete, den Eid nunmehr als zulässig erklären kann, und zwar ohne auch nur ein Haarbreit von seiner früheren Ueberzeugung gewichen zu sein. Der Grund zur Sinnesänderung des Bischofs liegt einzig und allein darin, daß er sich, wie sich aus den gegenseitigen Verhandlungen sonnenklar herausstellte, in Bezug auf die Eidesleistung vollkommen in Uebereinstimmung mit dem Minister Fircsek befand. Der Bischof, wie gesagt, der selbst bekennt, daß ihm nunmehr ein schwerer Stein vom Herzen gefallen, veröffentlicht in seinem Diözesanblatt den ganzen Hergang, wie sich endlich zwei gleichgestimmte Seelen gefunden.

Ein geistlicher Orden hatte bei der Pönitentiarie (einer päpstlichen Verwaltungsbehörde in Rom, welche Absolutionen und in besonderen Gewissensfällen im Namen des Papstes Dispensationen erteilt) angefragt, ob der Eid geleistet werden könne, und die Antwort erhalten, daß er unbedingt nicht geleistet werden dürfe, wohl aber mit Beifügung der Klausel „salvis legibus dei et ecclesiae“, „unter Wahrung der Gesetze Gottes und der Kirche.“ — Zufolge einer weiteren Besprechung mit Kardinal Antonelli in Rom verbot nun der Bischof Rudigier, da die Regierung die Ablegung des Eides unter Beifügung obiger Klausel nicht gestattete, Laien und Geistlichen die Ablegung des Eides, weil diese ja zur Anerkennung und Unterstützung von verfassungsmäßigen Gesetzen verpflichtet, die nach des Bischofs innerster Ueberzeugung gegen Gott und Kirche erlassen wurden. Die hiedurch veranlaßten Störungen im Unterrichte bewogen den Bischof mit dem gegenwärtigen Minister Fircsek in weitere Unterhandlungen zu treten. Da zeigte es sich denn, daß der Herr Minister in dieser Frage ganz wie der Bischof denke. Bezeichnend dafür ist eine ministerielle Erklärung, welche folgende Sätze enthält:

„Indem die Regierung auf dieser Forderung (daß der Dienst für alle dazu Verpflichteten gleichlautend sei) besteht, liegt es ihr, wie sie es bereits bei einzelnen Anlässen wiederholt ausgesprochen hat, ferne, Lehrern einer öffentlichen Unterrichtsanstalt, sei es was immer für eines Glaubensbekenntnisses, die Verbindlichkeit aufzuerlegen, zur Schwächung des Glaubens und religiösen Pflichtgefühls der Schulpflichtigen mitzuwirken, insbesondere aber von Katholiken zu verlangen, daß sie Maßnahmen fördern, durch welche die religiöse und sittliche Erziehung der Jugend gefährdet oder verletzt würde.“

Eure . . . werden aus dieser Erklärung entnehmen, daß seitens der Regierung in keiner Weise beabsichtigt ist, durch die erwähnte Angelobung irgend jemand zu verhalten, wider den Ausdruck seines Gewissens zu handeln.“

Hierauf berieth sich Bischof Rudigier mit noch zwei andern „besonders befreundeten Bischöfen“ und mit seinem Domkapitel und fand, daß „der Sache

nach“ in dieser Erklärung des Ministers vollkommen enthalten ist, was die Pönitentiarie in Rom durch die Beifügung der Klausel „unter Wahrung der Gesetze Gottes und der Kirche“ vorbehalten wissen wollte. Sofort gestattete der Bischof die Ablegung des Eides auch ohne Beifügung der Klausel. Natürlich liegt darin die bestimmte Weisung, daß der Eid nur unter diesem stillschweigenden Vorbehalt abgelegt werden dürfe, und dem Bischof ist ein schwerer Stein vom Herzen gefallen. Wir haben also hier die nackte reservatio mentalis, d. h. den Gedankenvorbehalt, der darin besteht, daß man den Worten, womit man etwas versichert oder verspricht, in seinen Gedanken eine andere Bedeutung gibt, als ihnen derjenige, der sie vernimmt, ihrem natürlichen Sinne nach geben kann. Nun ist in allen Gesetzgebungen der Welt bei der Ablegung von Eiden jedwede Doppelsinnigkeit, jeder Vorbehalt, jede entgegengesetzte Auslegung verboten. So sehr nun auch ein solcher Vorbehalt, der stets eine absichtliche Verletzung der Wahrheit ist, wider alle Moral streitet, so finden ihn doch Jesuiten im weitesten Sinne und Umfange für zulässig.

Die Rede Gambetta's.

Gambetta hat bei seiner Rückkehr nach Frankreich am 26. Juni in Bordeaux an die dortigen republikanischen Wahlkomitees eine große Ansprache gerichtet, die nicht allein in dem engeren Kreise seiner Freunde einen tiefgehenden Eindruck hinterlassen hat, sondern auch nach außen die Bedeutung eines wahrhaften politischen Programmes zu erlangen berechtigt ist. Ohne uns fürs erste in eine Erörterung dieser merkwürdigen Kundgebung einzulassen, welche uns Gambetta in einem ganz anderen und vortheilhafteren Lichte erscheinen läßt, als während der furchtbaren und so allseitig angefochtenen Zeit seiner Diktatur, glauben wir in ihren Hauptzügen seine von der „Tribune“ in Bordeaux vollständig mitgetheilte Rede hier skizziren zu müssen.

„Meine Herren und theuere Mitbürger!“ begann Gambetta. „Ich wollte vor allen Dingen Ihnen, die Sie die in der republikanischen Partei hergestellte Einigung vertreten, gelegentlich der Wahlen und angesichts der schwierigen Lage, in der sich das Land befindet, ohne irgend einen persönlichen Hintergedanken, da ich in diesem Departement nicht als Kandidat aufträte, darlegen, was ich hoffe und was ich zu Stande zu bringen wünsche. Die gegenwärtige Lage Frankreichs ist bei genauer Prüfung wohl geeignet, die tiefste Trauer einzusflößen; allein sie fordert uns zu den mannhaftesten Entschlüssen auf und verwehrt uns, entmuthigt zu sein. Was sehen wir zur Stunde in unserem Lande? Wir sehen Männer, die von jeher die Demokratie geschmäht und sie aus Unwissenheit oder persönlichem Interesse gehaßt, zu ihrem Vortheile die Leichtgläubigkeit und die Panik ausbeuten, die Menschen und Dinge systematisch entstellen und sich bemühen, die Exzesse der letzten Monate der Republik zur Last zu legen, der sie es doch verdanken, nicht weggespült und zu Grunde gerichtet worden zu sein.“

Gambetta findet eine lehrreiche Analogie zwischen

der heutigen Lage und der Lage im Mai 1870. Damals habe man das Votum Frankreichs überumpelt, womit es über sein Geschick verfügt; heute lege man ihm unter anderem Namen dieselbe Frage vor, ob es nochmals abtanken und in die alten dynastischen Geleise wieder eintreten solle. Zum großen Glück habe aber doch, trotz der Exzesse und der Verbrechen, welche den Fall der Kommune bezeichnen, trotz des Bürgerkrieges und aller gegen die Republik ausgestreuten Verleumdungen, Frankreich seine Kaltblütigkeit (?) bewahrt, wie dies die Munizipalwahlen bezeugen. Die republikanische Partei müsse nach wie vor zusammenstehen und an dem Sage festhalten: „Dem Weisesten und Würdigsten gebührt die Regierung.“ — „Darum müssen wir unsere Regierung, die Republik, halten und stützen, ohne uns über kleinliche Ränken zu streiten. Eine Regierung, in deren Namen man Gesetze gibt, Frieden schließt, Milliarden erhebt, Recht spricht, Empörungen niederwirft, die im Stande gewesen, zehn Monarchien wegzuraffen, ist eine zu Recht bestehende Regierung, die durch ihr Handeln selbst ihr Recht und ihre Macht beweist. Diese Regierung gebietet allen Achtung, und wer sie bedroht, ist ein Aufwührer!“

Darauf geht nun der Redner auf den naturgemäß veränderten Charakter der heutigen Opposition über; sie muß drängen und kontrolliren, nicht vernichten. Sie muß die bestehende Autorität, die Legalität, die Wahlen achten, ohne das Recht der Kritik und der Reform anzugehen.

Vor allem muß das Grundübel aller Leiden Frankreichs: die Unwissenheit, verschwinden, aus der abwechselnd Despotismus und Demagogie hervorgingen, und das einzige Mittel dagegen ist die Erziehung aller. Frankreich hat sich von anderen Völkern überflügeln lassen, die weniger begabt waren, als es, aber vorwärts geschritten sind, während Frankreich zurückblieb.

„Ja“, ruft Gambetta aus, „man kann es, mit den Beweisen in der Hand erhärten, daß es der niedere Grad unserer nationalen Bildung ist, welche uns solche Unglückschläge zugezogen. Wir sind durch Gegner geschlagen worden, welche auf ihrer Seite Voraussicht, Mannszucht und Wissenschaft hatten. Was in letzter Auflösung beweist, daß selbst bei Konflikten der materiellen Kraft die Intelligenz es ist, welche die Oberhand behält. Und im Innern, ist es nicht die Unwissenheit, in der man die Massen verkommen ließ, welche fast unwandelbar jene Krisen, jene entsetzlichen Ausbrüche erzeugt, die im Verlaufe unserer Geschichte wie eine Art chronischer Uebel austauschen, derart, daß man im vorhinein das Eintreten dieser ungeheuren sozialen Stürme ankündigen konnte?“

„Oh, wir müssen uns von der Vergangenheit losmachen. Wir müssen Frankreich wieder aufrichten. Ach! das ist der Ruf, der sich am Tage nach unseren Unglückschlägen allen Kehlen entrang. Drei Monate hindurch hat man diesen geheiligten Ruf gehört, diese plötzliche Erleuchtung eines Volkes, das nicht zu Grunde gehen wollte. Man vernimmt ihn nicht mehr, diesen Ruf. Heute hört man nur

mehr von dynastischen Verschwörungen sprechen; es ist nur mehr die Rede davon, welcher Prätendent die Trümmer des in Gefahr befindlichen Vaterlandes an sich bringen wird. Das muß aufhören; diese skandalösen Begehrlichkeiten müssen beiseite geschafft werden, nur an Frankreich darf ferner gedacht werden. Man muß Front machen gegen die Unwissenden und die Enterbten, und aus dem allgemeinen Stimmrecht, das die Stärke durch die Zahl gewinnt, die durch die Vernunft aufgeklärte Macht schaffen. Die Revolution muß vollendet werden."

Diese heute viel verlästerten Grundsätze der Revolution will Gambetta zurückfordern und weiter pflegen, bis die Revolution vollzogen ist, nämlich die Ausbreitung der Prinzipien der Gerechtigkeit und Vernunft, die Garantie der Gerechtigkeit, der Gleichheit der Freiheit, die Herrschaft der Arbeit und die Sicherstellung der rechtmäßigen Früchte derselben. Materielle Errungenschaften hat die Revolution zum Theile gebracht, die moralischen und politischen Errungenschaften sind aber im Rückstande geblieben; dies gilt für den Arbeiter und namentlich für den Bauer. Darum sind auch die Abstimmungen und die Handlungen des Landvolkes, über die man sich so oft beklagt, ganz logisch und natürlich. Die Bauern sind intellektuell um mehrere Jahrhunderte hinter dem aufgeklärten Theile der Bevölkerung zurück. Darum aber muß man unausgesetzt auf sie einwirken, sie heben und erziehen, und aus dem Worte Bauernthum und bäuerlich darf man kein Schimpfwort machen. Gäbe es nur eine Bauernkammer in des Wortes echter Bedeutung, eine Kammer, die nicht aus engherzigen Krautjunkern, sondern aus aufgeklärten, freien Bauern besteht, die sich selber zu vertreten im Stande sind! Diese neue soziale Kraft wäre ein allgemeines Glück. Leider ist man noch lange nicht so weit, und darum muß man, um das Vaterland neuzugestalten, das Arbeitervolk moralisch emancipiren und den Landleuten lehren, was sie der Gesellschaft schulden und was sie von ihr fordern können.

Nicht allein aber soll jeder Mann denken, lesen, vernünftig urtheilen, er muß auch handeln und kämpfen können. Neben dem Schullehrer muß der Turnlehrer und der Gexerziermeister sein; unsere Kinder, unsere Soldaten, unsere Mitbürger müssen das Schwert führen, das Gewehr handhaben, weite Marsche machen, unter freiem Himmel übernachten lernen; beide Erziehungen müssen Hand in Hand gehen, will man nicht Schulgelehrte statt Patrioten heranbilden.

Ja, meine Herren, wenn man uns überholt hat, wenn wir diese größte Schande erlebt haben, das Frankreich Kleber's und Hoche's, zwei seiner patriotischsten Provinzen verlieren zu sehen — jene Provinzen, die zugleich am meisten militärischen, geschäftigen, industriellen und demokratischen Geist besaßen, so müssen wir dies nur unserer fischen und moralischen Inferiorität zur Last legen. Heute gebietet uns das Interesse des Vaterlandes, keine unklugen Worte zu sprechen, unsere Lippen zu schließen und in die Tiefe unseres Herzens unsere Gefühle zurückzudrängen, von Grund aus dieses große Werk der nationalen Regeneration wieder aufzunehmen, ihm alle Zeit zu widmen, um etwas Dauerhaftes zu Stande zu bringen. Braucht es dazu zehn Jahre, zwanzig Jahre, wohl, so bestimme man diese zehn, zwanzig Jahre für diesen Zweck, aber man beginne sogleich; jedes Jahr muß man eine neue Generation vorschreiten sehen, welche stark, intelligent ist und die Wissenschaft nicht minder liebt, als das Vaterland, welche das doppelte Gefühl im Herzen trägt, daß man dem Vaterlande nur dann gut dient, wenn man ihm mit seinem Arme und seinem Verstande dient." (Schluß folgt.)

Politische Rundschau.

Laibach, 5. Juli.

Inland. In der vorgestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde der schwer heimgesuchten Stadt Tschau in Böhmen, welcher unlängst durch

einen Wolkenbruch ein Schade von einer halben Million zugefügt worden, ein unverzinsliches Darlehen von 70,000 fl. auf sechs Jahre aus Staatsmitteln bewilligt. Dann wurden die Dienstbezüge der Gendarmenmannschaft durch ein Gesetz erhöht und die Notariatsordnung mit den vom Herrenhause beschlossenen Abänderungen angenommen.

Ueber die Fabrikation von Tendenzlügen berichtet das „Neue Wiener Abendblatt:"

Wir müssen noch einmal auf die peinliche Affaire zurückkommen, die sich an die Lügennachricht von der Zerstörung Schlesiens knüpft. Einer Deputation gegenüber, die aus Schlesien zum Monarchen eilte, um ihre Besorgnisse über das ihrem engeren Vaterlande drohende Schicksal auszudrücken, äußerte sich der Kaiser, daß jene Nachricht total erfunden sei, und zwar von Seite jener unpatriotischen Presse, welche Unruhe und Aufregung unterhalte. Die Offiziösen nahmen die kaiserlichen Worte zum Anlaß, um neuerdings über die liberale deutsche Presse herzufallen. Es scheint also, daß man bemüht ist, die maßgebenden Kreise zu der Ansicht zu bringen, jenes Lügentelegramm sei ein Manöver der deutschen Oppositionspresse. Man wird es daher als einen Akt nothgedrungener Abwehr auffassen, wenn wir uns endlich entschließen, auf Grund von verlässlichen Angaben den Ursprung des verhängnißvollen Telegramms bekannt zu geben. Aus Prag schreibt man uns nämlich:

„Ein junger Mann, Namens Andrejew G. . . , der in Prag die Interessen des Moskauer panslawistischen Komitee's zu fördern hat und sich — bis jetzt ohne Erfolg — um die Gründung einer russischen Ex- und Importgesellschaft bemüht, der außerdem die russische Presse mit Nachrichten aus den slavischen Ländern Oesterreichs versorgt und das sogenannte internationale Telegrafsbureau in Prag vertritt, dieser Andrejew G. . . hat sich die Nachricht von der Theilung Schlesiens aus dem Redaktionsbureau eines tschechischen Blattes geholt und dieselbe an das „internationale Bureau" gesendet, das dann für die weitere Verbreitung dieser Nachricht sorgte."

Der Prager Korrespondent fügt hinzu, daß er bereit ist, weitere Namen zu nennen, falls der Versuch gemacht werden sollte, seine Angaben wegzuleugnen. Man sieht also, wer es eigentlich ist, der nach den Worten des Monarchen „Unruhe und Aufregung" unterhält, auf welche Seite eigentlich der vom Monarchen erhobene Vorwurf fällt.

Die neuesten Angaben über den „Ausgleich" bringt das tschechische Journal „Kip." Darnach wäre das Ausgleichsergebnis folgendes: Die Landtagseinerufung erfolgt im August. Auf Grund neuer Wahlordnung werden die Reichsrathswahlen vorgenommen. Der neu gewählte Reichsrath, dessen Bescheidung die Tschechen zusagen, wird eine Umgestaltung der Dezemberverfassung vornehmen.

Die neue Verfassung soll bedeutende Autonomie den einzelnen Ländern zugestehen. Hohenwart hätte den Tschechen, nebst weitesteter Autonomie Böhmens, ein Landesministerium und die Uebertragung eines Theiles der Reichsrathskompetenz auf einzelne Landtage zugesagt. Dem Hohenwart'schen Plane zufolge wird die Reichsrathskompetenz bloß Zollwesen, Handel, Finanzen und Landwehr umfassen. Die Delegationsbescheidung geschieht direkt durch die Landtage Böhmens, welche 60 Delegirte entsenden.

Ausland. In München fand am 2. Juli das Begräbniß des Professors Zenger statt. Der Mann hatte sich für Döllinger erklärt und war sonach dem Kirchenbanne verfallen. Es wurde ihm das kirchliche Begräbniß verweigert, worauf der bekannte, ebenfalls mit dem Bann belegte Professor Friedrich das Begräbniß ganz nach katholischem Ritus vollzog und dem Verstorbenen im Beisein einer ungeheueren Menschenmenge die Grabrede hielt. Das Leichenbegängniß hatte sich nämlich zu einer ganz außerordentlichen Demonstration der Altkatholiken gestaltet, an welcher auch die übrigen Städte theilnahmen. Nämlich auf die Nachricht von der

Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses sind aus Nürnberg, Vaireuth, Würzburg, Augsburg, Speyer, Passau und Regensburg Telegramme an die Führer der Münchener Altkatholiken eingelaufen, welche dieselben auffordern, im Namen der gegen die Unfehlbarkeit des Papstes Protestirenden Münchens und der genannten Städte neuerdings Protest gegen die Unfehlbarkeit des Papstes wie irgend einer anderen Kirchengewalt einzulegen, und an die Staatsregierung das dringende Gesuch zu bringen, daß sie nicht allein den ungesegneten Handlungen geistlicher Behörden energisch entgegentrete, sondern auch sobald wie möglich einen neu gewählten Landtag einberufe, um das zwischen Staat und Kirche bestehende Verhältniß nach allen Beziehungen durch freisinnige, jeden Gewissenszwang ausschließende Gesetze auf's Neue regeln zu können.

Bei dem Festbankete in Hannover am 30ten Juni, welches dem feierlichen Einzuge der Truppen folgte, beantwortete der Kronprinz des Deutschen Reiches den Toast des Grafen Münster auf den Kaiser unter enthusiastischem Beifall, die Worte betonend: „Wie die Krieger in der Schlacht einig gewesen, so wollen wir im Frieden einig sein." Auf das vom Stadtdirektor Rasch auf den Sieger von Weißenburg und Wörth ausgebrachte Hoch erwiderte der Kronprinz in längerer Rede mit einem Hoch auf Stadt und Land Hannover. Hannovers Söhne hätten überall vorangestanden, wo mit deutscher Treue, Tapferkeit und deutschem Muth die Truppen mehr als ihre Schuldigkeit gethan. Die guten Beziehungen Hannovers seien Sr. Majestät bekannt geworden, als der König von Preußen vor zwei Jahren in Hannover gewesen. Der Deutsche Kaiser danke Hannover dafür, was es mit und für Deutschland gethan, er vertraue, daß ein unlösliches Band geschlungen sei, fest gegen den äußern wie gegen den innern Feind, fest und unlöslich, weil jahrhundertlanges Volkssehn nach Befriedigung dieses Bandes füge fest und fester, was länger vergangene und näher liegende Zeiten zu einander geföhrt. Das walte Gott! — Die Pariser Blätter, welche sich so sehr darüber freuten, daß die Mehrheit des Bürgervorsteher-Kollegs zu Hannover einen Beitrag zu dem festlichen Empfange verweigerte, werden diese Rede des Kronprinzen schwerlich bringen.

Eine Berliner Korrespondenz der „Allgemeinen Zeitung" bespricht, an die neuesten Auslassungen der ultramontanen „Germania" anknüpfend, die Haltung der katholischen Reichstagsfraktion und drückt die Ansicht aus, durch Vorstellungen in Rom werde man schwerlich eine Aenderung in der Haltung derselben erzielen. „Es steht fest," fährt der Korrespondent fort, „daß das Verhalten der Fraktion die vollste Billigung nicht bloß des Kardinals Antonelli, sondern auch des Papstes gefunden, und daß der Versuch, auf dem Umweg über Rom einen Druck auf die Partei zu üben, dieselbe nur in dem Entschlusse bestärkt hat, fest an ihrem Programm zu halten. Man nimmt daher in unseren politischen Kreisen an, daß es denn doch ein Fehler der deutschen Bundesregierung gewesen sei, den Papst zu einer Einmischung in die politische Angelegenheiten Deutschlands zu veranlassen."

Uebrigens hat die preussische Regierung gerade jetzt die schönste Gelegenheit, den Ultramontanen eine Lehre zu geben. Es handelt sich um die Entziehung des Gehaltes als Domkapitular, welche der Fürstbischof von Breslau gegen den Professor Baltzer wegen seines Auftretens gegen die Unfehlbarkeit ausgesprochen hat, und um die Frage, ob der Fürstbischof hiezu berechtigt war. Nach der Bestätigungs-Urkunde, welche Friedrich Wilhelm IV. im Jahre 1846 vollzogen hat, war er es nicht, denn es heißt in derselben, daß „derselbe (Professor Baltzer) allezeit in den mit seiner Stelle rechtmäßig verbundenen Befugnissen, Ehren und Einkünften landesherrlich geschützt werden soll." Die Regierung hat also ein Recht, zu fordern, daß dem Professor Baltzer sein Gehalt als Domkapitular weiter gezahlt werde, und sie kann eventuell die fürstbischöfliche Kammer durch

Sequestration der Güter dazu zwingen. Ob es der Fürstbischof so weit werden lassen? Freilich darf man sich nicht verhehlen, daß die Schen, mit welcher die Regierung den klerikalen Ansprüchen entgegentritt, ihren Ursprung in der Erinnerung an die Niederlage hat, welche die preußische Bureaucratie vor mehr als einem Menschenalter in dem Kampfe mit dem Erzbischof von Köln erlitten hat.

In Paris herrscht gegenwärtig über den großen Erfolg der neuen Anleihe wieder große Verdrüsslichkeit. „In ihrer Freude,“ schreibt ein Korrespondent der „Daily News,“ „glauben die Franzosen, daß der Tag der Rache nahe ist, und wähnen, daß „Preußen“ selbst in der Stunde seines Triumphes kein solches Vertrauen auf dem Geldmarkte genießen könnte. Sie geben ihre Gefühle nicht offen zu erkennen, aber nur sehr wenige gibt es — fügt der Korrespondent hinzu — die nicht an eine schleunige Grenzretifizierung glauben.“ Das gallische Volk ist eben unverbesserlich.

Die am 3. Juli bekannten theilweisen Wahlergebnisse gewähren die Zuversicht, daß 80 bis 90 von 114 Gewählten der gemäßigten republikanischen Partei angehören werden, welche die Politik Thiers' unterstützen. In Marseille wurden gewählt: Gambetta und Laurier; wahrscheinlich ist die ganze liberale Liste durchgedrungen. Im Departement Seine et Oise wurden gewählt: Magne, Soubeyrat, Testelin, Duvergnon, Hauranne (Sohn), Faidherbe. Im Departement Charente inferieure ist Rouher durchgefallen.

Die Wahl Gambetta's soll Herrn Thiers unendlich unangenehm sein und große Verlegenheit bereiten. Auch von anderer Seite her droht Thiers eine Opposition, freilich eine solche, die man nur aufs lebhafteste begrüßen kann. 160 Abgeordnete sind zu einem freihändlerischen Klub zusammengetreten; eine ganz unerwartet große Zahl von Anhängern gesunder handelspolitischer Grundsätze, die theilweise wohl auch nur den allzu sonderbaren Ankündigungen des Herrn Thiers zuzuschreiben ist. Wo es noch eine unbekannte volkswirtschaftliche Wahrheit zu sein scheint, daß, um die Zollerträge zu steigern, man die Zölle nicht erhöhen, sondern herabsetzen muß, da ist es leicht, ein freisinniger Handelspolitiker zu sein.

Bei der großen Revue auf den Longchamps hat Herr Thiers vor Freude und Rührung geweint; indeß hielt ihn dieses Entzücken über seine „lieben Soldaten“ nicht ab, der Armee die Theilnahme an der Abstimmung zu verbieten. Er traut offenbar der Stimmung unter den Truppen nicht und fürchtet ihre imperialistischen Neigungen.

Ein Korrespondent der „Allgemeinen Zeitung“ macht darauf aufmerksam, um wie viel würdiger und patriotischer die Florentiner, die jetzt aufhören, Hauptstädter zu sein, sich benehmen, als im Jahre 1865 die Turiner. Ohne Murren fügt sich Florenz darein, daß die Krone, welche ihm so wohl zu Gesicht stand, von seinem Haupte herabgenommen und auf das der majestätischen und westberühmten Roma gesetzt wird, welche eben um ihres Weltruhmes und Weltherrscherthums willen vielleicht die allerwenigst italienische Stadt ist.

Die Klerikalen sind wieder um eine Hoffnung ärmer. Das erwartete Wunder, das die Installation des Königs in Rom vereiteln sollte, ist nicht geschehen; Viktor Emanuel hat unbehelligt seinen Einzug in die ewige Stadt gehalten und datirt bereits von Rom aus seine Dekrete.

Zur Tagesgeschichte.

— In Agram tritt demnächst eine aus Mitgliedern des Reichskriegsministeriums, des königlich ungarischen Ministeriums und der kroatisch-slavonischen Landesregierung bestehende Kommission, deren Präses unmittelbar von Sr. Majestät dem Kaiser ernannt werden wird, zusammen, um über die Art und Weise zu beraten und die bezüglichen Vorschläge zu unterbreiten, wie die besten Einkünfte aus den Verkäufen jener überflüssigen Hölzer der kroatisch-slavonischen Grenzstaats-

forste, die im Interesse einer rationellen Forstwirtschaft verwertet werden müssen, zu erzielen sein werden. Prinzipiell wird hierbei an der Bestimmung festgehalten, daß der Erlös aus diesen Verkäufen nur zu Zwecken der Grenze, und zwar insbesondere zur Anlage von Kommunikationen, Ent- und Bewässerungsarbeiten, dann Karstausforschungen verwendet werden soll. In ganz analoger Weise werden auch die aus den Verkäufen der überflüssigen Hölzer der Banater Grenzstaatsforste zu gewinnenden Einkünfte nur mit dem Unterschiede zu verwenden sein, daß damit auch die in der Banater Grenze nothwendigen Sandbindungen herzustellen kommen.

— Die offizielle Bedrohung der Presse gibt dem Wiener „Ökonomist“ Anlaß zu folgenden trefflichen Bemerkungen: „Was wir im Punkte der Korruption wollten, und Herr Professor Schäffle mit uns, bestand darin, daß die Regierung sich moralisiren und, so weit ihre Befugnisse reichen, dem gottlosen Schwindel, der Käuflichkeit und Verkäuflichkeit, dem scheußlichen Raube am staatlichen wie am gesellschaftlichen Gute ein Ziel stecken möchte. Die Moralisirung der Presse würde von selbst folgen, sobald es nichts mehr zu mausen gäbe, sobald eine Regierung vorhanden wäre, die es Pflicht und Ehre sein würde, in ihren Maßnahmen zu unterstützen, und deren ganze Haltung zur Achtung nöthigte, ohne daß sie das Knallpulver der „schlechten Wige“ anzuzünden brauchte. Die Presse im großen Ganzen ist weit mehr Folge als Grund, weit mehr Wirkung als Ursache, weit mehr Haut als Nerv. Direkt auf die Presse wirken, das kann man höchstens durch den Dispositionsfond, der ja redlich an der Arbeit ist; aber auf die Gesellschaft Einfluß üben und so die Presse hinter sich herziehen, das vermögen „Staatsmänner,“ sobald sie die Gänsefäße abgelegt haben. Und dahin zu wirken, mit allem Ernste zu wirken, dazu haben sie auch die Pflicht, wie die Gesellschaft die Pflicht hat, sie dabei mit allem Nachdrucke zu unterstützen. Mit Dekreten, Verboten, Konfiskationen und derlei Teufeleien kann man einschüchtern und sich den Ruf eines Sednichts erwerben, nie aber einen moralischen Einfluß ausüben.“

— Die „Grazer Tagespost“ bringt authentische Nachrichten über die Skandaliszenen bei Gelegenheit einer Volksversammlung in Feistritz, bei welchen gehetzte Bauern und Geistliche theilhaftig waren. Die Bauern, welchen Entsetzliches über den Verlust des Glaubens vorgelegen wurde, waren mit steinschweren Strümpfen und Stöcken bewaffnet, welche vor dem Beginn der Versammlung aus dem katholisch-konservativen Verein geholt worden waren. Ein Bauer rief aus: „So viel Bier Ihr in den Saal hinaufbringt, so viel Blut wird die Stiege herabfließen.“ Die Behörde sieht solchen Drohungen müßig zu.

— Der Redakteur der „Freiheit,“ Herr L. R. Zimmermann, schreibt aus Dedenburg: „Minister Hohenwart hat die „Freiheit“ ohne vorhergegangene Anklage, ohne irgendwelches richterliche Verfahren, einfach „im Verwaltungswege“ als „staatsgefährlich“ für ganz Bisleithanien verboten. Da $\frac{5}{6}$ der Abonnenten Bisleithanier sind, ist der Fortbestand des Blattes nicht möglich, und stelle ich es hiermit bis auf weiteres ein. Ich werde nun von Mitte Juli an monatlich zwei selbstständige Broschüren schreiben, welche in der Stärke von je 32 Oktavseiten unter verschiedenen Titeln politische, soziale und religiöse Stoffe behandeln und im vorhinein nicht verboten werden können. Der Bezugspreis dieser Broschüren (einschließlich Frantozusendung) wird genau dem Abonnementspreise der „Freiheit“ entsprechen und dabei dem Empfänger der Stempel zu 1 Kr. erspart bleiben. Wer jedoch nicht gesonnen ist, seinen Abonnementsbetrag in dieser Weise zu übertragen, der wolle denselben freundschaftlich bis längstens 15. d. reklamiren, worauf die Rückzahlung sofort erfolgt.“

— Ober St. Ulrich in Gröden befindet sich die Alpe Raschö, wohin ein Bauer von der Brixer Gegend zu Anfang des verflossenen Juni ein sehr werthvolles Pferd auf die Weide getrieben hatte. Während eines heftigen Aufregens mußte dasselbe Schutz in einem gerade unter der Alpe gelegenen

Kirchlein, das weit und breit hinausleuchtet ins Land und allen Besuchern des Grödnertales aufgefallen sein wird, gesucht haben, indem es die Thüre entweder offen fand, oder aber es ihm gelang, dieselbe zu öffnen. Nachdem das Pferd in das Kirchlein eingedrungen war, scheint jedoch die Thüre, welche, wie man mittheilt, mittels eines Zuges auf- und zugeht, ins Schloß gefallen zu sein, und das arme Thier war in Folge dessen gefangen und nicht mehr im Stande, sich aus dieser Gefangenschaft zu befreien. Fast eine Woche lang suchte der Bauer mit andern Leuten das Pferd, welches gar bald auf der Weide vermißt worden war, indem er die ganze Alpe durchstreifte, und als er endlich am siebenten oder achten Tage auch in das Kirchlein kam, in dessen Nähe er während des Suchens nach dem Pferde öfter gekommen war, fand er das arme Thier in selber verendet liegen. Im Kirchlein selbst bemerkte er gleichzeitig auch arge Zerstörungen, denn die Thüre des Tabernakels war gänzlich verschwunden und nur noch die Eisenbestandtheile davon vorhanden; die beiden Holzstatuen zu Seiten des Altars waren bis über die Hälfte abgenagt und wo sonst noch etwas von Holz sich vorfand, war alles vom Pferde benagt worden, das seinen Hunger hiedurch zu stillen versucht haben wird, schließlich jedoch in Folge des zu lange dauernden Mangels an Nahrung umkommen mußte.

— Ueber die letzten Stunden der westlichen Herrlichkeit Pius IX. schreibt ein Korrespondent der „Ball Mail Gazette“ aus Rom: „Am 22. Juni entschloß sich auf einen Antrag der Kardinalle Catertini und Capolli das heilige Kollegium, in den Papst zu bringen, bei Ankunft des Königs von Italien Rom zu verlassen. Der Papst weigerte sich zu gehen und erklärte, er sei zu alt, eine neue Heimat zu gründen, und müsse bleiben, wo er sei. Pius IX. ist im Ganzen sehr niedergeschlagen, und seine Antworten vielen Deputationen gegenüber lauteten nicht weniger als zuversichtlich, obgleich von allen Seiten Gaben beiströmten. Selbst ein Wunder, welches er dem Circolo di San Pietro in Aussicht stellte, wurde mit klagenden Worten verflücht. Einer Deputation ehemaliger päpstlichen Beamten gegenüber äußerte er auch die Ueberzeugung, daß außer auf Gott keine Hoffnung sei, und forderte sie auf, zu beten, daß er die Herzen der Feinde erweichen möge. Kardinal Antonelli sprach sich einem Hausprälaten gegenüber in ähnlichem Sinne aus, und setzte hinzu: „Keine von den Mächten hat gegen die italienischen Garantien protestirt, und es scheint gewiß, daß Italien und Deutschland ein Bündniß geschlossen haben.“

— Mit der chinesischen Post ist der Bericht über eine furchterliche Schiffstragödie eingetroffen, die sich am Bord eines Kulischiffes vor Kurzem zugetragen hat. Am 4. Mai segelte das Schiff „Don Juan“ (früher die „Dolores Ugarte“) mit 650 chinesischen Kulis (chinesische Auswanderer) an Bord von Macao nach Peru. Zwei Tage später, etwa 50 Meilen von der Südküste von Hongkong entfernt, fing das Schiff Feuer und brannte über 24 Stunden, während welcher Zeit etwa 600 der im unteren Schiffsraum befindlichen Kulis entweder verbrannten oder ertranken. Nur circa 50 der Unglücklichen klammerten sich an einen fallenden Mast im Wasser und wurden von einer vorüberfahrenden Dschunke aufgenommen. Der Kapitän wie der größere Theil der Besatzung hatten sich bald nach dem Ausbruch des Brandes in die Boote geflüchtet und so ihre Rettung bewirkt.

Total- und Provinzial-Angelegenheiten.

Total-Chronik.

— (Die Alten und die Jungen.) Zwischen den Alt- und Jungslowenen tobt gegenwärtig wieder einmal zur Abwechslung ein heftiger Kampf, wie er zeitweise zwischen Alt- und Jungzechen wegen einiger Parteischattirungen zu wüthen pflegt, der aber gewöhnlich mit allgemeiner Versöhnung endet. Anlaß zum Kampfe gaben einige Artikel und Korrespondenzen des „Vaterland,“ welches gegenwärtig das Organ des ultramontanen Kaplans Hurter und des nicht minder strenggläubigen Dr. Costa ist. Neulich

brachte das „Vaterland“ eine Grazer Korrespondenz aus der Feder des Vertreters des steierischen Slovenen Herman, welcher die Jungslowenen unreife Politiker nannte und die Ideen des „Vaterland“ vertheilte. „Slovenski Narod“ antwortet ihm scharf, sagt, er begeistere sich nur für mittelalterliche Einrichtungen und schwärme für die Leibeigenschaft des Volkes. Unter andern Vorwürfen wird ihm auch der gemacht, er habe es darauf abgesehen, den „Slovenski Narod“ zu vernichten, weil er sich seinen autokratischen Gelüsten nicht fügen und seine Diktatur nicht anerkennen wolle. Schließlich droht ihm der „Narod“, er werde bei den nächsten Wahlen dafür Sorge tragen, daß Herr Herman seine Rolle als slowenischer Volksvertreter als ausgespielt betrachten dürfe. Wir aber sind der Meinung, das alles sei nur leere Spiegelfechterei; die Jungen haben noch kein Lebenszeichen von sich gegeben, daß sie sich in ihren Anschauungen im wesentlichen von den Alten unterscheiden. So lange sie im Bunde mit den Klerikalen stehen und für den Unfehlbaren schwärmen, glaubt ihnen kein Mensch, daß sie es mit dem Interesse des Volkes ernst meinen.

— (Die Linie Servola-Lach-Kühnsdorf.) In der am 20. Januar d. J. abgehaltenen Triester Stadtraths-Sitzung wurde ein aus den Herren Dr. Gregorutti, Hermet, F. Nachlig, Stadler und Ballon bestehender Ausschuss ernannt, mit dem Auftrage, das Gesuch des Laibacher Konsortiums für die Linie Servola-Lach-Kühnsdorf um einen Beitrag von 8—10.000 fl. zu den Trassirungskosten zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten. Diesen Bericht, dessen technischen Theil Herr Ballon ausarbeitete, trug der erste Vizepräsident Herr Hermet in der am 30. v. M. abgehaltenen Sitzung vor. Im Wesentlichen geht das Gutachten des Ausschusses dahin, daß die Linie Triest-Lach-Kühnsdorf-Launsdorf der Prebailinie gegenüber den Vorzug verdiene, weil sie, im Hinblick auf die Verbindung mit der Rudolfsbahn und durch dieselbe mit den nordischen Ländern und Häfen, kürzer sei, weniger Baukosten erfordere, geringere Bauzeit in Anspruch nehme, weniger Betriebskosten verursache, Elementarhindernissen minder ausgesetzt sei und, als Hauptlinie betrachtet, für fünf Abzweigungen (Prawald-Görz, Prawald-St. Peter, istrischer Bahn, Zweigbahn nach Udria, Zweigbahn Krainburg-Stein-Mölnitz-Gilli) von großer Bedeutung geeignete Anschlußpunkte darbiete. Die „Tr. Stg.“ ist für die Prebailinie und darum eine prinzipielle Gegnerin der Linie Servola-Lach-Kühnsdorf und ist wenig erbaut darüber, daß der Triester Stadtrath einen Beitrag von 10.000 fl. zu den Trassirungskosten der genannten Linie bewilligt. Sie meint, wenn auch diese Bewilligung an achtzehn Bedingungen geknüpft werde, so machen diese zwar dem Echarfenne derjenigen, die sie ausgesprochen, alle Ehre, können jedoch keinen Trost dafür gewähren, daß dieses Geld möglicher, ja wahrscheinlicher Weise für ein Unternehmen verwendet wird, das der kommerziellen Entwicklung des Triester Emporiiums eher zum Nachtheil, als zum Vortheil gereicht. Sie fordert schließlich das unter Anregung des verstorbenen Mr. Ring entstandene Konsortium für die Prebailinie auf, aus seiner Zurückgezogenheit hervorzutreten und endlich eine thatkräftige Wirksamkeit zu entfalten und die Folgen der Kurzsichtigkeit, womit es die Laibacher Bahn ins Leben rufen half, wieder gut zu machen.

Eingefendet.

Wir machen hierdurch auf die im heutigen Blatte stehende Annonce der Herren S. Steindecker & Comp. in Hamburg besonders aufmerksam. Es handelt sich hier um Original-Lose zu einer so reichlich mit Hauptgewinnen ausgestatteten Verlosung, daß sich auch in unserer Gegend eine sehr lebhafteste Theilnahme voraussetzen läßt. Dieses Unternehmen verdient um so mehr das volle Vertrauen, indem die besten Staatsgarantien geboten sind und auch vorbenanntes Haus durch ein stets streng reelles Handeln und Auszahlung zahlreicher Gewinne allseits bekannt ist.

Angekommene Fremde.

Am 4. Juli.

Elefant. Schönfeld, Kaufm., Wien. — Kraslper, Kaufm., Wien. — Stare, Mannsb. — Stare, Gög. — Fettelheim, Inspektor, Wien. — Koprivnikar, Pfarrer,

Sara. — Potoluit, Ingenieur, Fiume. — Kojchier, Bestirerin, Wartenberg. — Gorin, Prosecco. — Adler, Wien. — Potoluit, Ingenieur, Kopreinitz. — Brayer, Graz. — Gregoric, Triest. — Nalitz, Wien. — Mayer, Wien. — Schlegler, — Sauer, Kanischa. — Dela Torja, Udine. — Sagare, Udine. — Herstin, Privat, Bräwald. — Kade, Hamburg. — Fürst, Villach. — Schön E., Chon J. und Caudolini, Villach.

Stadt Wien. Fallo, Ingenieur, Hof. — Adler, Kaufm., Wien. — Brandbar, Kaufm., Weißkirchen. — Wallheim, Ingenieur, Wien.

Witterung.

Laibach, 5 Juli.

Heißer, sonniger Tag, vereinzelte Feder- und Haufenwolken. Wärme: Morgens 6 Uhr + 12.6°, Nachmittags 2 Uhr + 20.7° R. (1870 + 20.7°; 1869 + 18.6°). Barometer im fallen 327.24". Das gestrige Tagesmittel der Wärme + 16.8°, um 1.7° unter dem Normale.

Verlosung.

(Ungarische Staats-Lotterie.) Bei der am 30. Juni d. J. um 5 Uhr: Nachmittags in Ofen stattgefundenen zweiten ungarischen Wohlthätigkeits-Lotterie zu Gunsten der „Höved-Stiftung“ wurden in der Vorziehung folgende 4 Serien gezogen, und zwar: Nr. 75 mit den Losnummern 74001—75000; Nr. 235 mit den Nummern 234001—235000; Nr. 258 mit Nummer 257001—258000 und Nr. 273 mit Nummer 272011 bis 273000; eine jede der in diesen 4 Serien enthaltenen 4000 Losnummern gewinnt je 10 Gulden österr. Währung. Bei der hierauf erfolgten Hauptziehung wurden 338 Losnummern gezogen, und zwar fiel der Haupttreffer mit 100.000 fl. auf Nr. 164197; der zweite Treffer mit 20.000 fl. auf Nr. 19143; je 10.000 fl. gewinnen: Nr. 103885 und 287567; je 5000 fl.: Nr. 67826 74128 96782 und 173263; je 1000 fl.: Nr. 3474 10507 80217 95436 146411 152998 167307 173853 212882 und Nr. 239929.

Telegramme.

Wien, 4. Juli. In der heutigen Herrenhaus-Sitzung waren anwesend: die Erzherzoge Karl Ludwig, Albrecht, Ernest, Rainer; die Erzbischöfe Rauscher, Schwarzenberg, Tarnoczy, Sembratowicz, der Fürstbischof Wierzy, der Erzbischof von Lemberg und der Fürstbischof von Warburg.

Generaldebatte über das Budget. Anton Auerperg spricht gegen die Ausgleichspolitik der Regierung, er erklärt Namens seiner Gesinnungsgenossen, daß sie mit Rücksicht auf Befriedigung des Staatshaushaltes in die Budgetberatung eingehen, hiemit jedoch kein Vertrauen für die Regierung aussprechen wollen, deren Tendenzen den wiederholt ausgesprochenen Herrenhausansichten widersprechen. Weiters sprachen Hasner, dann Dittl, welcher das Vertrauen Galiziens in die gegenwärtige Regierung ausdrückte, Kraus und Goluchowski; letzterer erklärte, er und seine zahlreichen Gesinnungsgenossen bringen der Regierung volles Vertrauen entgegen. Hierauf Schluß der Generaldebatte. Der Ministerpräsident erklärt, der Werth einer ganzen Verfassung liegt darin, daß sie den unangefochtenen Boden für die Rechtsgrundlage des Staates bildet, direkte Wahlen würden einen permanenten Widerstreit zwischen Reichsrath und den Landtagen zur Folge haben, die Auflösung des Reichsrathes von den Landtagen wäre die ärgste Bedrohung des Verfassungsgeistes; er betont, daß im gegenwärtigen Momente angesichts der Weltverhältnisse die Hoffnung für einen friedlichen Ausgleich noch größer geworden. Allseitige Anerkennung und Befestigung der Verfassung seien das Hauptziel der Regierung. Die Hintansetzung der Deutschen sei eine unbegründete Befürchtung.

Hierauf wurde der ganze Staatsvoranschlag en bloc angenommen und das Finanzgesetz debattelos genehmigt. Die von der Kommission beantragten 25 Resolutionen wurden genehmigt.

Paris, 4. Juli. Der größte Theil der Pariser Unionisten wurde gewählt, darunter auch Gambetta.

Telegraphischer Wechselkurs

vom 5. Juli.

Spez. Rente österr. Papier 59.30. — Spez. Rente österr. Silber 68.85. — 1860er Staatsanlehen 101.20. — Vantafien 77. — Kreditaktien 286.60. — London 123.25. — Silber 121. — A. f. Münz-Dukaten 5.80. — Napoleonsd'or 9.81.

Man biete dem Glücke die Hand!

250.000 M. Crt.

im günstigsten Falle als höchsten Gewinn bietet die **neueste grosse Geld-Verlosung**, welche von der **hohen Regierung** genehmigt und garantiert ist.

Die vortheilhafte Einrichtung des neuen Planes ist derart, dass in den folgenden 6 Verlosungen im Laufe von wenigen Monaten **23.100 Gewinne** zur sicheren Entscheidung kommen, darunter befinden sich Haupttreffer von eventuell M. Crt. 250.000, speziell aber 150.000, 100.000, 50.000, 40.000, 25.000, 20.000, 15.000, 12.000, 10.000, 8000, 6000, 5000, 3000, 105 mal 2000, 155 mal 1000, 205 mal 500, 11.600 mal à 110 etc.

Die nächste erste Gewinnziehung dieser grossen, vom Staate garantierten Geld-Verlosung ist amtlich festgestellt und findet

schon am 19. und 20. Juli 1871

statt und kostet als Erneuerung hierzu
1 viertel Original-Los nur fl. 2,
1 halbes " " " 4,
1 ganzes " " " 8
gegen Einsendung des Betrages in österreichischen Banknoten.

Alle Aufträge werden sofort mit der grössten Sorgfalt ausgeführt und erhält jedermann von uns die mit dem Staatswappen versehenen Original-Lose selbst in Händen.

Den Bestellungen werden die erforderlichen amtlichen Pläne gratis beigelegt, und nach jeder Ziehung senden wir unsern Interessenten unaufgefordert amtliche Listen.

Die Auszahlung der Gewinne erfolgt stets prompt unter Staats-Garantie und kann durch direkte Zusendungen oder auf Verlangen der Interessenten durch unsere Verbindungen an allen grösseren Plätzen Oesterreichs veranlasst werden.

Unser Debit ist stets vom Glücke begünstigt und hatten wir erst vor kurzem wiederum unter vielen anderen bedeutenden Gewinnen 3 mal die ersten Haupttreffer in 3 Ziehungen laut offiziellen Beweisen erlangt und unseren Interessenten selbst ausbezahlt. (206—16)

Voraussichtlich kann bei einem solchen auf der solidesten Basis gegründeten Unternehmen überall auf eine sehr rege Theilnahme mit Bestimmtheit gerechnet werden; man beliebe daher schon der **nahen Ziehung halber** alle Aufträge **baldest direkt** zu richten an

S. Steindecker & Comp.,

Bank- und Wechsel-Geschäft in Hamburg. Ein- und Verkauf aller Arten Staatsobligationen, Eisenbahn-Aktien und Anlehenlose.

P. S. Wir danken hiedurch für das uns seither geschenkte Vertrauen und indem wir bei Beginn der neuen Verlosung zur Theilnahme einladen, werden wir uns auch fernerhin bestreben, durch stets prompte und reelle Bedienung die volle Zufriedenheit unserer geehrten Interessenten zu erlangen. **O. D.**

Wiener Börse vom 4. Juli.

Staatsfonds.	Welt	Warc	Cest. Hypoth.-Bank	Welt	Warc
Spec. Rente, öst. Pap.	59.40	59.50	95.—	95.60	
öst. öst. öst. öst.	68.85	69.10			
öst. von 1864	104.—	104.25			
öst. von 1860, ganz.	101.—	101.20			
öst. von 1860, hälft.	112.75	113.—			
Prämienf. v. 1864	128.—	128.25			
Grandentl.-Obl.					
Steierm. 300 fl. v. 1860	93.—	94.—			
Räntn. Krain					
u. Kärnten	85.75	86.—			
u. Kärnten	80.75	80.50			
u. Kärnten	85.75	86.—			
u. Kärnten	76.50	76.75			
Aktion.					
Nationalbank	77.5	77.6			
Union-Bank	271.50	272.—			
Kreditbank	285.6	285.80			
R. ö. ö. ö. ö. ö.	940.—	946.—			
Anglo-österr. Bank	259.20	259.40			
Öst. Bodencred.-B.	260.—	261.—			
Öst. Hypoth.-Bank	—	—			
Öst. ö. ö. ö. ö.	40.—	—			
Franko-Austria	116.25	116.50			
Rail. österr. Nordb.	21.0	21.05			
Österr. österr. öst.	178.20	178.40			
Rail. österr. öst.	221.5	222.—			
Rail. österr. öst.	249.25	249.50			
Österr. österr. öst.	172.—	172.25			
Österr. österr. öst.	413.50	414.—			
Rail. österr. öst.	201.0	201.75			
Rail. österr. öst.	176.50	177.—			
Rail. österr. öst.	177.—	177.25			
Pfandbriefe.					
Nation. österr. öst.	91.90	92.50			
Nation. österr. öst.	89.30	89.60			
Nation. österr. öst.	106.25	106.50			
Nation. österr. öst.	86.90	87.10			
Wochen (S. W. a.)					
Augst. 100 fl. öst. öst.	102.50	102.60			
Augst. 100 fl. öst. öst.	102.80	103.—			
Augst. 100 fl. öst. öst.	123.50	123.60			
Augst. 100 fl. öst. öst.	48.—	48.10			
Kassen.					
Rail. österr. öst.	5.10	5.81			
Rail. österr. öst.	9.60	9.81			
Rail. österr. öst.	1.82	1.82			
Rail. österr. öst.	120.50	121.—			